



Debattenbeitrag

Beschäftigung und Umwelt gehen Hand in Hand

Gemeinsam für eine mutige statt marktgläubige Politik

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Reiner Hoffmann (DGB-Vorsitzender), Hubert Weiger (BUND-Vorsitzender)

Kontakt:

Patrick Rohde
BUND-Referent für politische Planung
patrick.rohde@bund.net
Tel.: 030-27586-413

Frederik Moch
Abteilungsleiter Struktur-, Industrie-
und Dienstleistungspolitik, DGB
Frederik.Moch@dgb.de
Tel.: 030-24060-576

15. Juli 2019

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) setzen sich seit vielen Jahren für eine sozial-ökologische Transformation ein. Wir halten fest, dass sich **unsere Art zu wirtschaften und unser Verständnis von Wohlstand und Wachstum grundsätzlich ändern müssen**. Bereits bei unserem Transformationskongress 2012 haben wir uns dieser Frage gemeinsam gewidmet. **Der Handlungsdruck durch den Klimawandel, die Digitalisierung, Flüchtlingsbewegungen, Handelskonflikte und erstarkende rechtspopulistische und -extremistische Bewegungen ist seitdem enorm gewachsen**. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, braucht es eine mutige Politik, die Antworten gibt, Probleme löst, aber auch Zukunftsvisionen entwickelt und Mehrheiten dafür begeistert. Den Märkten darf nicht die Gestaltung der Zukunft überlassen werden. Denn die Verschärfung ökologischer Krisen und sozialer Verteilungskämpfe haben eine gemeinsame Ursache: **Eine Politik, die Gewinninteressen vor die Interessen der Beschäftigten, der Verbraucher*innen und der Umwelt stellt**. Die enge wirtschaftliche Verzahnung der EU-Länder macht es dabei notwendig, dass nicht nur nationale, sondern **europäische Antworten auf die ökologischen Krisen und sozialen Verteilungskämpfe gefunden werden**. Die Europäische Union ist dabei für uns eine Chance, in einer globalisierten Welt einen eigenständigen, emanzipatorischen Weg hin zu einem sozial-ökologischen Wandel zu finden.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) setzen sich für ein grundsätzliches Umdenken in der Wirtschaftspolitik ein. **Ihr Ziel kann aus unserer Sicht nur die Gestaltung eines sozial-ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft sein**. Anstatt soziale und ökologische Belange gegeneinander auszuspielen, wird es endlich Zeit, **unser Wirtschaftssystem so auszurichten, dass es gute Arbeit für alle zu gleichen Löhnen und überall in der EU schafft und dabei die planetaren Grenzen nicht überschreitet**.

Aus all dem folgern wir die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zur Erarbeitung von detaillierten Forderungen für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft. Wir rufen Umweltbewegte und Beschäftigte zum Dialog und verstärktem Miteinander auf. **Umweltpolitische Fragen sollen mit jenen der Verteilung von Einkommen und Vermögen, aber auch gesellschaftlicher Macht und der ungleichen Verteilung von**

Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten verbunden werden. Wir wollen uns auf die Suche machen nach sozialen und technischen Innovationen für die Zukunft. **Wir teilen die Vision eines guten Lebens für alle. Wir nehmen die Klimaziele sehr ernst und wissen, wie massiv der daraus ableitbare Strukturwandel ist: für die Wertschöpfung ebenso wie für die Umwelt wie für das individuelle Leben und Konsumieren.** Wir wissen um die damit verbundenen Zielkonflikte und wollen zu ihrer Lösung beitragen. Es geht uns um einen fairen Interessenausgleich. Er kann auch zur Stärkung von Demokratie und Teilhabe beitragen. Wir werden eine Debatte über neue Formen nachhaltigen Wohlstands führen, der dem Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen ebenso Rechnung trägt wie dem Anspruch auf einen gerechten Strukturwandel und ein hohes Niveau an Lebensqualität.

Das Austarieren dieser Interessen und die Suche nach neuen Formen der Ökonomie sind nicht zuletzt ein finanzieller Kraftakt, der erhebliche öffentliche Mittel beanspruchen wird, wenn der Strukturwandel im Sinne der Umwelt gelingen und dabei nicht zu sozialen Verwerfungen und abgehängten Regionen führen soll. Eine Politik, die vor allem auf den „Markt“ setzt, kann diesen Interessenausgleich nicht organisieren. Deshalb wollen wir die Handlungsfähigkeit und die Einnahmeseite des Staates verbessern. Wir setzen uns mit allem Nachdruck für ein umfangreiches sozial-ökologisches Investitionsprogramm ein. **Massive Investitionen in energetische Gebäudesanierung, in das Schienennetz, alternative Energien und den Naturschutz können einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.** Dass ein tiefgreifender Strukturwandel bei ausreichender Finanzierung und guter politischer Steuerung möglich ist, haben alle Beteiligten zum Beispiel im Ruhrgebiet oder auch im Saarland gezeigt. Eine gemeinsam mit den Umweltverbänden und Gewerkschaften gestaltete präventive Strukturpolitik kann für „Sicherheit im Wandel“ sorgen, gleichzeitig durch eine aktive und ökologische Industriepolitik gute Arbeit sichern und durch mehr Dezentralität eine höhere Resilienz unseres Wirtschaftssystems schaffen. Denn trotz aller Unwägbarkeiten und Gefahren eines Umbaus unserer industriellen Branchen bietet er auch die große Chance, durch die Mobilisierung von Investitionen innerhalb der ökologischen Grenzen der Erde einen nachhaltigen Wohlstand und mehr Gerechtigkeit zu sichern.

Wir fordern eine mutige statt marktgläubige Politik!